

# Gelungenes Ende nach Vorwürfen und Streit

Stadt Schmallenberg übergibt offiziell als Pilotkommune die Abwasserbeseitigung an den Ruhrverband

Von Ute Tolksdorf

**Schmallenberg.** Rund ein Jahr hat es gedauert, von der Vorstellung der ersten Pläne bis zur endgültigen Übertragung des Schmallenberger Kanalnetzes an den Ruhrverband. Dazwischen lagen Diskussionen, Anschuldigungen, Täuschungsvorwürfe und ein gescheitertes Bürgerbegehren. Gestern nun hat die offizielle Übergabe im Beisein von Landrat Dr. Karl Schneider, dem Vorstandsvorsitzenden des Ruhrverbandes, Norbert Frece, Bürgermeister Bernhard Halbe, Bernd Müller, Abteilungsdirektor der Bezirksregierung, Mitarbeitern und den Fraktionsvorsitzenden stattgefunden. Zeit für eine Zusammenfassung:

## Die Absicht der Stadt

Die Stadt hatte die Chance als Pilotkommune die Abwasserbeseitigung inklusive Kanalnetz an den Ruhrverband zu übertragen. Der Ruhrverband, der auch die fünf Schmallenberger Kläranlagen betreibt, rechnete mit Synergieeffekten und war bereit dafür rund 20 Millionen Euro zu bezahlen, zusätzlich übernahm er für rund fünf Millionen Euro bestehende Kredite. Die Stadt begrüßte die Idee, bot es doch die Chance - in Zeiten größer werdender ökologischer, hygienischer und technischer Anforderungen - eine große Verantwortung und Arbeit abzugeben.

## Die Kritiker

Die Kritiker kamen vor allem aus den Reihen von UWG und BFS. Ihre Argumente: Die Abwasserbeseitigungspflicht und damit die Betreuung des Kanalnetzes sei eine hoheitliche Aufgabe, die bei der Stadt bleiben müsse. Es gebe keine Veranlassung das Kanalnetz zu verkaufen, da die Stadt auf das Geld nicht angewiesen sei. Die BFS behauptete damals, der Vertrag sei unter Ausschluss der Öffentlichkeit „ausgekungelt“ worden. Sie fürchtete, dass das Geld direkt wieder komplett investiert würde. Beide Fraktionen lehnten daher in der entscheidenden Ratssitzung im Dezember 2016 die Übertragung ab, wurden aber von CDU, SPD und



Anlässlich der offiziellen Übergabe des Kanalnetzes setzen Landrat Dr. Karl Schneider, Bürgermeister Bernhard Halbe, Bernd Müller, Abteilungsdirektor Umwelt und Arbeitsschutz bei der Bezirksregierung und der Vorstandsvorsitzende des Ruhrverbandes, Norbert Frece (von links) symbolisch einen neuen Kanaldeckel ein.

FOTO: UTE TOLKSDORF

Norbert Frece: „Die Entscheidungshoheit bleibt beim Stadtrat“

■ **Bürgermeister Bernhard Halbe** betonte in seiner Rede, dass man sich die Ablehnung des Bürgerentscheids nicht leicht gemacht habe. „Immerhin haben rund 3000 Bürger unterschrieben.“ Stadt und Verwaltung seien aber sicher, dass die Vorteile deutlich überwiegen. Der Ruhrverband könne nun die zentrale Entwässerungsplanung von Kläranlagen über Regenüberlaufbecken für Schmutz- und Regenwasser bis zu den Kanälen übernehmen. Das sei wichtig, „da

auch die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen kontinuierlich verschärft werden.“ Größere Einheiten könnten diese Aufgaben besser erfüllen und profitierten von Kosteneinsparungen. „Ansonsten hätte die Stadt ständig mehr Know-how einkaufen müssen.“

■ **Landrat Dr. Karl Schneider** ist gleichzeitig Mitglied im Aufsichtsgremium des Ruhrverbandes. Aus dieser Position heraus, als Schmallenberger und als Landrat habe er die Übertragung von Beginn an ver-

folgt. Er sei sicher, dass es eine Entscheidung für die Bürger sei.

■ **Norbert Frece**, Vorstandsvorsitzender des Ruhrverbandes, betonte in Richtung der Kritiker, Vertreter der BFS waren nicht anwesend, dass die Entscheidungshoheit beim Stadtrat bleibe. „Wir werden Sie in keiner Weise einschränken.“ Er verdeutlichte, wie interessiert der Ruhrverband daran sei, in seinem Kerngeschäft zu wachsen. „Das ist kein Abenteuer. Wir wissen, was wir tun.“

Grünen überstimmt.

## Das Bürgerbegehren

Mit einem Bürgerbegehren versuchte daraufhin die BFS das Verfahren zu stoppen. Sie sammelte bis März 2017 insgesamt 3334 gültige Stimmen - rund 1300 mehr als nötig.

Doch das nutzte nichts. Letztlich erklärte der Stadtrat das Bürgerbegehren Ende Mai gegen die Stimmen von UWG und BFS für unzulässig. Grundlage dafür war die Untersuchung der Anwaltskanzlei Wolter/Hoppenberg. Die hatte das Bürgerbegehren geprüft und Mängel im

Begleitschreiben kritisiert. Der schwerste Vorwurf lautete: Die Bürger wurden getäuscht. Wichtige Informationen seien objektiv falsch dargestellt oder weggelassen worden. So habe das Begleitschreiben keine Möglichkeit geboten, sich wirklich objektiv zu informieren.

Die Entscheidung des Stadtrates akzeptierten die Bürgerinitiative, zumindest unternahm sie keine weiteren rechtlichen Schritte.

## Vorteile für Stadt und Bürger

Gebetsmühlenartig hatte die Stadt von der ersten Vorstellung an die Vorteile für die Übertragung des Kanalnetzes benannt, die waren - laut Stadt - neben der Abgabe der Verantwortung und der Bezahlung:

1. Die Stadt behält die Gebührenhöhe, die Gebühren werden auf fünf Jahre festgeschrieben. Tatsächlich können 2018 die Gebühren laut Kämmerer Burkhard König sogar leicht sinken.
2. Die Stadt muss weniger Personal für die Verwaltung, die Unterhaltung und die Bereitschaftsdienste vorhalten.
3. Der Ruhrverband ist als kommunaler Verband (Träger sind Städte, Gemeinden und Kreise) nicht gewinnorientiert. Es gibt keinen Weiterverkauf an Dritte.

## 25 Millionen Euro

25 Millionen Euro waren die ersten Zahlen, die genannt worden waren, wahrscheinlich wird es jetzt noch etwas mehr, sagte Kämmerer Burkhard König. „Zur nächsten oder übernächsten Sitzung werde ich dem Stadtrat Vorschläge unterbreiten, wie wir das Geld anlegen können.“ Auch er weiß, dass es im Moment kaum Zinsen am Markt gibt, hofft aber trotzdem auf lukrative Angebote. „Für die verbliebenen Kredite denken wir auch über Sondertilgungen nach.“ Angewiesen ist die Stadt auf das Geld nicht, so König: „Bis 2021 finanzieren sich die Haushalte aus eigener Kraft.“

## Pilotkommune

Dadurch, dass der Stadtrat sich trotz aller Widerstände relativ schnell entschlossen hatte, blieb Schmallenberg nach der Neufassung des Landeswassergesetzes Pilotkommune für die Übertragung. „An unserem Beispiel wurde gemeinsam mit dem zuständigen Ministerium ein Kanalsanierungsplan erarbeitet, der jetzt beispielhaft auf andere Kommunen übertragen werden kann“, erläutert König. Ein weiterer Vorteil, findet die Verwaltung.